



Kantonsratssitzung 22. Februar 2022
Traktandum 6 **Volksinitiative „Starke Ausserrhoder Gemeinden“, 2. Lesung**
Geschäftsnummer 0200.493
Eintretensvotum **SP-Fraktion**
Fraktionssprecherin Judith Egger, Speicher

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin
Geschätzter Herr Landammann
Geschätzte Damen und Herren von Regierungs- und Kantonsrat

Es ist das Verdienst der IG „Starkes Ausserrhodens“, dass sie mit der Volksinitiative „Starke Ausserrhoder Gemeinden“ den Stein ins Rollen gebracht hat. Die Initiative hat endlich eine Diskussion über die Gemeindestrukturen angestossen und letztlich auch den jetzt vorliegenden Gegenvorschlag provoziert: Die Vision eines Kantons, bestehend aus vier Gemeinden. Nicht dass die Situation der Ausserrhoder Gemeinden davor gar kein Thema gewesen wäre. Es gab schon mal Sorgenfalten, wenn wieder ein Gemeinderatssitz vakant blieb oder Aufgaben komplexer wurden.

Und die Gemeinden haben in vielen Bereichen auf die sich ändernden Anforderungen mit Kooperationen reagiert, am häufigsten mit Zweckverbänden. Das mag bis zu einem gewissen Grad operativ und auch qualitativ eine Lösung sein.

Aus demokratischer Sicht, bedeuten Zweckverbände aber einen Abbau von Demokratie, von Mitwirkung und von Aufsicht. Im Laufe der Zeit ist ein komplexes Geflecht von Kooperationen nach allen Seiten entstanden. Wenn wir diese Situation unvoreingenommen beurteilen, dann bedeuten diese vielfältigen Kooperationen – so dienlich sie erscheinen – nichts anderes als eine schleichende Auflösung der Eigenständigkeit der einzelnen Gemeinden. - Warum sich also nicht konsequenterweise zu einer grösseren Gemeinde zusammenfinden?

Wer auf Fusionsprojekte von unten wartete, wurde enttäuscht. Bilanz der vergangenen zehn Jahre: Keine Ergebnisse, nicht einmal Bewegung.

Die SP-Fraktion anerkennt, dass die Gemeindebehörden ihr Bestes geben, das in ihrer Freizeit, für wenig Geld und immer weniger Anerkennung. Auch die Verwaltungsangestellten erbringen ihre Leistung unter ständig wachsenden fachlichen Anforderungen, komplexer werdenden Aufgaben und gestiegenen Anspruchshaltungen.

Die SP-Fraktion ist dennoch der Meinung, dass sich die Gemeindestrukturen weiterentwickeln müssen, dass 20 Gemeinden nicht mehr zeitgemäss sind. - Warum?

- Die Unterschiede zwischen den Gemeinden in Bezug auf die steuerliche Belastung werden ständig grösser.
- Paradoxerweise erhalten die Steuerzahlenden just in Gemeinden mit einem höheren Steuerfuss in der Regel ein geringeres Leistungsangebot und weniger professionelle Leistungen.

- Die Umsetzung von immer neuen Aufgaben oder komplexen Vollzugsbestimmungen bringen kleinere Gemeindeverwaltungen an ihre Grenzen. Als Beispiele genannt seien die Digitalisierung, der Datenschutz, die Raumplanung.
- Gleichzeitig ist die Erwartungshaltung der Bevölkerung an Behörden und Verwaltung gestiegen und die Lebensrealitäten haben verändert. Es werden stets verfügbare, professionelle Leistungen verlangt.
- Und nicht zuletzt bekunden viele Gemeinden Probleme bei der Rekrutierung von Behördenmitgliedern.

Die SP-Fraktion ist sich bewusst, dass eine Zusammenlegung von Gemeinden nicht die Lösung aller Probleme bringt, aber ein Weiter-wie-bisher ist für uns nicht denkbar.

Warum ist die SP-Fraktion der Meinung, dass der Gegenvorschlag mit vier Gemeinden für Ausserrhoden die beste Lösung ist?

- Der Vierervorschlag teilt den Kanton in vier bevölkerungsmässig ungefähr gleich grosse Gemeinden auf. Als Wahlkreise gewährleisten sie die Stimmwertgleichheit, die heute so nicht erfüllt ist.
- Grössere Gemeinden gewinnen an Professionalität in der Führung und der Leistung.
- Grosse Gemeinden sind starke Gemeinden. Wenn wir die Gemeinden gegenüber dem Kanton tatsächlich stärken wollen, dann drängt sich der Vierervorschlag auf.
- Vier Gemeinden - das ist ein klares Konzept. Die Gemeindestrukturen verändern sich damit zeitlich koordiniert und aus einem Guss. Auch wenn wir noch nicht genau wissen, wie wir dahin kommen, so wir wissen doch, was wir am Ende haben werden.
- In jeder der vier Gemeinden erhalten die Einwohnerinnen und Einwohner in Umfang und Qualität vergleichbare Leistungen als Gegenleistung für das Bezahlen der Steuern.
- Die vorgeschlagenen vier Gemeinden decken sich in etwa mit dem Umkreis, in dem die heutigen Gemeinden Kooperationen eingegangen sind. Das Zusammenlegen von Gemeinden kann bestehende Zweckverbände bzw. Kooperationen überflüssig machen. Gemeinden werden wieder demokratischer. Mitwirkung und Aufsicht werden gestärkt.
- Ebenfalls positiv auf die demokratische Mitwirkung und die Aufsicht wirken sich Gemeindeparlamente aus. Gemeindeparlamente bedingen allerdings eine Einwohnerzahl von mindestens 8'000.
- Grössere Einheiten führen dazu, grösser zu denken. (Beispiel Raumplanung).

Alles in allem sieht die SP-Fraktion im Vierervorschlag am meisten Vorteile.

Es ist Zeit, von der Illusion von Liebesheiraten Abschied zu nehmen. Und auch von der Hoffnung, dass sich grosse Gemeinden, die weniger von Zusammenschlüssen profitieren, umstimmen lassen. Es braucht einen koordinierten Prozess mit am Ende einer ausgewogenen Gemeindeflandschaft.

Wie immer der Kantonsrat heute entscheidet, wir müssen für die Volksdiskussion grösstmögliche Klarheit schaffen. Und der Regierungsrat ist aufgefordert, auf die 3. Lesung hin offene Fragen zu beantworten, einen Fahrplan zu skizzieren und den Prozess mit seinen Chancen und Risiken zu beschreiben.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten und favorisiert einstimmig den Gegenvorschlag der Regierung, ist aber auch offen für einen Eventualvorschlag.